



Antrag

des Gemeinderates an den Einwohnerrat

Pratteln, 01.02.2024/ dpp

3422 Teilrevision Steuerreglement

1. Ausgangslage

Die Gemeindesteuern werden derzeit durch die Gemeinde bezogen. Basis für den Bezug bildet jeweils die Staatssteuer, welche den Steuerpflichtigen durch die Kantonale Steuerverwaltung (KStV) in Rechnung gestellt wird. Die Gemeindesteuerrechnung wird demzufolge jeweils erst nach der Staatssteuerrechnung an die Steuerpflichtigen versendet. Die Steuerpflichtigen erhalten somit zwei Rechnungen: Von der KStV diejenige für die Staatssteuern, welche auch den Bundessteuerbetrag beinhaltet, von der Gemeinde die Gemeindesteuerrechnung.

Gemäss §138 des kantonalen Steuergesetzes (SGS 331) ist der Bezug der Gemeindesteuern Sache der Gemeinden, wobei auf Ersuchen einer Gemeinde die KStV den Bezug der Gemeindesteuern zusammen mit der Staatssteuer (und Bundessteuer) vornehmen kann. In diesem Fall gelten sämtliche für den Bezug der Staatssteuer massgeblichen Bestimmungen und verwaltungsinternen Weisungen sinngemäss auch für den Bezug der Gemeindesteuern. So werden zum Beispiel dieselben Verzugs- resp. Vergütungszinssätze und dasselbe Fälligkeitsdatum wie bei der Staatssteuer angewendet.

Die Gemeindesteuern werden ab dem Steuerjahr 2024 durch die Kantonale Steuerverwaltung für 64 von 86 Baselbieter Gemeinden zusammen mit der Staatssteuer erhoben. Darunter befinden sich auch grössere Gemeinden wie Liestal, Laufen oder Münchenstein. Der Trend, den kommunalen Steuerbezug durch die KStV mit einer gemeinsamen Rechnung einzuziehen, hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Die Gründe dafür liegen vor allem in wirtschaftlichen Überlegungen, in der Nutzung von Synergien bei der KStV und in der Reduktion von gemeindeinternen Risiken.

Um den Bezug durch die KStV vollziehen zu lassen, schliesst jede Gemeinde eine separate Dienstleistungsvereinbarung mit der KStV ab. Diese sieht eine Bezugsentschädigung von CHF 20 pro Steuersubjekt vor. Mit diesem Aufwandentgelt sind sämtliche Bezugshandlungen inbegriffen: provisorische Rechnung, definitive Rechnung, rektifizierte Rechnung, Zahlungsvereinbarungen, Mahnwesen, Betreuungswesen, Verlustscheinbewirtschaftung, etc. Entschädigungen für aperiodische Rechnungstellungen (z.B. Kapitalzahlungen aus der 2. und 3. Säule) werden nicht separat abgerechnet und sind in der Entschädigung enthalten.

2. Erwägungen

2.1. Zunehmendes Volumen und Komplexität

Die Komplexität und der Aufwand für den Bezug der Gemeindesteuern ist in den letzten Jahren merklich angestiegen. Per 2023 sind durch die Einwohnergemeinde für rund 11'000 Steuersubjekte Rechnungen ausgestellt worden. Dies beinhaltet jeweils eine provisorische als auch eine definitive Rechnungsstellung pro Steuerjahr. In vielen Fällen müssen Rektifikate nach Einsprachen erstellt werden. Auch die Anzahl der Mahnungen und Ratenvereinbarungen ist angestie-

gen. Spürbar ist auch eine deutlich höhere Anzahl von Inkassomassnahmen für Betreibungen, Fortsetzungsbegehren bis hin zu Verlustscheinen. Die Umsetzung von Steuerrevisionen, wie die komplexe Steuervorlage 17, führen zu vermehrtem Überprüfungs- und Plausibilisierungsaufwand beim Erstellen von Rechnungen. Der Anstieg des Aufwands zeigt sich im Stellenetat: die bisherige Vollzeitstelle musste mit einer temporären Aushilfe in einem 50% Pensum für den Bezug sowie einer Übernahme von Inkassohandlungen in einem 40% Pensum durch eine abteilungsinterne Mitarbeiterin ergänzt werden. Aktuell werden somit 190 Stellenprozente mit Aufgaben aus dem Steuerbezug betraut.

2.2. Klumpenrisiko

Rund 60% der jährlichen Einnahmen der Gemeinde kommen aus dem Bezug von Gemeindesteuern. Diese Erträge in der Summe von rund CHF 50 Mio. werden mit den erwähnten 190 Stellenprozenten erwirtschaftet, wobei der Hauptanteil und das breiteste Fachwissen bei einer Person in einem Vollzeitpensum gebündelt ist. Glücklicherweise ist diese Position in den vergangenen Jahren nie länger ausgefallen. Eine Stellvertretung ist zwar sichergestellt, jedoch würden dann andere wichtige Tätigkeiten liegen bleiben. Da es sich um sehr spezifisches fachliches Wissen handelt, ist es entsprechend schwierig im Stellenmarkt Fachkräfte zu finden. Dies gilt sowohl für die Bezugstätigkeiten, als auch für die Veranlagungstätigkeiten. Die Veranlagungstätigkeiten werden hier nicht weiter thematisiert, weil sie für die Gemeinde Pratteln bereits seit Jahrzehnten durch die KStV erledigt werden. Beim Steuerbezug handelt es sich somit um eine sehr zentrale und wichtige Position, welche aufgrund des notwendigen spezifischen Wissens und einem ausgetrockneten Stellenmarkt, mit nur einer eingesetzten Person, ein Klumpenrisiko darstellt. Die KStV kann aufgrund des grossen Volumens und entsprechend vieler fachlich versierten Mitarbeitenden einen Ausfall besser auffangen, als die Gemeinde.

2.3. Auslagerung

Es wird beabsichtigt, den Steuerbezug per Januar 2025 an die KStV auszulagern. Damit werden sowohl die Veranlagung (bisher), als auch der Bezug (neu) bei der KStV angesiedelt sein. Die Steuerpflichtigen werden nur noch von einer Stelle die Steuerrechnung erhalten, eine für die Bundessteuer und eine für die Staats- mit Gemeindesteuer. Aus Sicht der Steuerpflichtigen wird eine Vereinfachung erreicht, die Transparenz gefördert und Klarheit in Bezug auf die Kontaktstelle in Steuerfragen geschaffen, da diese nach der Auslagerung, resp. ab dem Steuerjahr 2025 vollständig bei der KStV liegt. Eine Priorisierung, respektive Favorisierung der Zahlung von Staats- oder Gemeindesteuer, ist somit obsolet und eine Zahlungsgerechtigkeit zwischen Kanton und Gemeinde wird hergestellt.

2.4. Finanzielle Konsequenzen

Mit der Abtretung wird eine Bezugsentschädigung von CHF 20 pro Steuersubjekt fällig. Bei 11'000 Steuersubjekten fallen somit Kosten von rund CHF 220'000 an. Für die Gemeinde ergeben sich jedoch Einsparungen für Saläre von 190 Stellenprozenten. Zudem können Kosten für die Steuerbezugssoftware eingespart werden, das Inkasso nach SchKG wird für Steuerbezugshandlungen hinfällig und auch Einsparungen bei Papier, Druckkosten, Verpackung und Porto können erzielt werden.

Aus rein finanzieller Sicht hat die Abtretung an die KStV für die Gemeinde sogar einen positiven Effekt, denn die Kosteneinsparungen werden höher ausfallen als die neu zu entrichtende Bezugsentschädigung. Eine Berechnung mit den aktuellen Kosten für Salär, Software und Papier/Porto, verrechnet mit den neu anfallenden Kosten, ergeben eine Einsparung für die Gemeinde von zwischen CHF 20'000 – 30'000.

2.5. Nachteile

Die Nachteile einer Auslagerung sind nur theoretisch herleitbar, da sich daraus keine nachhaltigen Auswirkungen für die Gemeinde ergeben: Da der Steuerbezug gemeinsam mit der Staatssteuer erfolgt, unterliegt die Gemeinde den kantonalen Steuerbezugs-Richtlinien. So kann z.B. kein eigener Fälligkeitstermin für die kommunale Steuer bestimmt werden. Da dieser bis anhin mit dem 30. September jedoch ohnehin identisch war, ist dieser Einwand obsolet. Auch das Argument, dass die Gemeinde keine Zahlungserleichterung resp. Erlasse in eigener Kompetenz gewähren darf, kann nicht angewendet werden. Über Erlassgesuche entscheidet die Taxations- und Erlasskommission BL. Dies wird so bleiben. Einzig das Argument, dass der Vergütungs- und Verzugszins nicht mehr selber festgelegt werden kann, wäre gerechtfertigt. In den letzten Jahren lag der Fokus bei der Festlegung eines gegenüber dem Kanton attraktiveren Vergütungszinses, um die Zahlungen an die Gemeinde gegenüber derjenigen an den Kanton zu begünstigen. Mit der zukünftigen gemeinsamen Rechnungsstellung für die Staats- mit der Gemeindesteuer wird dieser Aspekt entkräftigt.

2.6. Operative Auswirkungen

Die Abtretung des Steuerbezugs erfolgt per Steuerjahr 2025. Die Gemeinde vollzieht den Bezug bis und mit Steuerjahr 2024. Bezugshandlungen, die im Jahr 2025 für das Steuerjahr 2024 anfallen, wie beispielsweise die definitive Rechnungsstellung für die Steuerperiode 2024, erfolgen noch durch die Gemeinde. Der Übergang an den Kanton erfolgt somit flussend. Der kommunale Steueranteil überweist die KStV ab 2025 täglich an die Gemeinde.

Die Einsicht in die Steuerdaten durch die Finanzabteilung der Gemeinde ist wie bis anhin gewährleistet, da der direkte Zugriff auf das System der KStV bestehen bleibt.

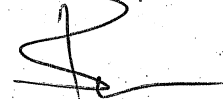
Mit der Genehmigung der Teilrevision des kommunalen Steuerreglements (StR) wird der Bezug der Gemeindesteuern an die KStV abgetreten. Damit wird die Steuerverordnung (StV) obsolet und muss aufgehoben werden.

Um die notwendigen Vorkehrungen seitens KStV in Bezug auf personelle Ressourcen, aber auch auf Arbeitsplätze und Lagerraum für Dossiers zu treffen, wird durch die KStV eine Vorlaufzeit von sechs Monaten benötigt. Der Beschluss des Einwohnerrates muss somit bis Ende Juni vorliegen, damit eine Abtretung per Januar 2025 möglich wird.

3. Beschluss

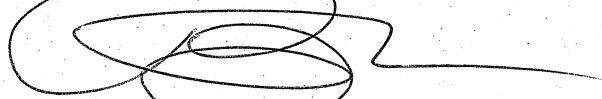
Die Teilrevision des Steuerreglements wird genehmigt.

Gemeindepräsident



Stephan Burgunder

Gemeindeverwalter



Beat Thommen

Beilagen

- Änderungserlass
- Synoptische Darstellung